



Bericht aus Straßburg – Neues aus dem Europäischen Parlament

Polen übernimmt Ratspräsidentschaft

Am 1. Juli hat Polen die Präsidentschaft des Rats der Europäischen Union von Ungarn übernommen. Der Rat der Europäischen Union, oft auch einfach nur Rat bzw. EU-Ministerrat genannt, ist neben dem Europäischen Parlament das wichtigste Entscheidungsorgan der EU. Er setzt sich zusammen aus jeweils einem Minister pro Mitgliedstaat. In Abhängigkeit zu den Themen, die auf der Tagesordnung stehen, entsendet jedes Land einen für den betreffenden Bereich verantwortlichen Minister. Der Rat tagt somit in unterschiedlichen Zusammensetzungen.

Politische Schwerpunkte der polnischen Ratspräsidentschaft sind unter anderem die EU-Erweiterung, eine engere Partnerschaft mit den östlichen Nachbarn, die Energiepolitik sowie die grenzüberschreitende Sicherheit von Lebensmitteln. Zum 1. Januar 2012 übergibt Polen die Ratspräsidentschaft an Dänemark.

Nähere Informationen zur polnischen Ratspräsidentschaft finden Sie unter: <http://pl2011.eu/de>

* * *

Strengere Regeln zur Lebensmittelkennzeichnung verabschiedet

Das Europäische Parlament hat im Juli nach etwa dreijährigen Verhandlungen mit der Europäischen Kommission, dem

EU-Ministerrat sowie mit der Lebensmittelwirtschaft und mit zahlreichen Verbraucherschutzorganisationen eine neue Verordnung zur Lebensmittelkennzeichnung verabschiedet. Für den Verbraucher bedeuten die neuen Regelungen vor allem bessere und detailliertere Informationen über den Inhalt der Produkte: So muss auf Lebensmittelverpackungen künftig eine Nährwerttabelle mit Angaben zu Fett, gesättigten Fettsäuren, Zucker, Salz, Eiweiß und Kohlehydraten pro Gramm oder Milliliter abgedruckt sein. Imitate wie der sogenannte ‚Analog-Käse‘ oder der ‚Klebe-Schinken‘ müssen auf der Vorderseite eines Produkts, unmittelbar neben dem Markennamen, deutlich als solche gekennzeichnet werden, indem auf die Verpackung geschrieben wird, welche Zutaten hierfür ersatzweise verwendet worden sind. Bei Analog-Käse-Produkten etwa muss künftig "hergestellt aus Pflanzenfett" stehen, bei Produkten, die aus Klebefleisch hergestellt sind, "aus Fleischstücken zusammengeklebt".

Stoffe, die Allergien auslösen können, müssen in der Zutatenliste hervorgehoben werden. Dies gilt auch für unverpackte Ware wie zum Beispiel Fisch, oder auch für Restaurants, die künftig verpflichtet sind, auf Allergene in ihren Speisen hinzuweisen.

Auch darf eine Verpackungsaufmachung künftig nicht mehr in die Irre führen. So dürfen zum Beispiel Lebensmittel, auf deren Verpackung Früchte abgebildet sind, nicht nur Farbstoffe und Aromen enthalten.

Eine Erleichterung für den Verbraucher stellen schließlich auch die neuen Vorschriften zur Lesbarkeit dar. So soll es künftig eine Mindestschriftgröße geben, damit alle Informationen für den Verbraucher leichter zu erkennen sind.

* * *

Mehr Frauen in wirtschaftlichen Führungspositionen

Das Europäische Parlament hat am 6. Juli 2011 den Bericht „Frauen in wirtschaftlichen Führungspositionen“ angenommen und somit auch seine deutliche Unterstützung für die Anhebung des Frauenanteils in Führungsgremien der Unternehmen gezeigt. In ihrem Bericht fordert die Volksvertretung die Kommission auf, einen Fahrplan mit konkreten Zielsetzungen für die ausgewogene Repräsentation von Männern und Frauen nicht nur in Aufsichtsräten und Vorständen, sondern in allen Unternehmen vorzulegen. Bis zum Jahr 2015 soll der Anteil von Frauen in wirtschaftlichen Führungspositionen bei mindestens 30 Prozent liegen, bis zum Jahr 2020 sogar bei 40 Prozent.

Das EU-Parlament unterstützt mit seiner EntschlieÙung EU-Kommissarin Viviane Reding. Diese will im Frühjahr 2012 einen Richtlinienvorschlag vorlegen, sollten die Unternehmen in Europa nicht ausreichend freiwillige Maßnahmen ergreifen, um den Frauenanteil in den Führungsetagen zu erhöhen.

Den Bericht des Europäischen Parlaments mit weiteren Forderungen können Sie nachlesen (in englischer Sprache) unter: <http://www.europarl.europa.eu/oeil/file.jsp?id=5862452>

* * *

Handygebühren zum 01.07. gesunken

Seit dem 1. Juli 2011 zahlen Kunden maximal 35 Cent pro Minute für Anrufe in-

nerhalb der EU. Werden sie angerufen, darf das höchstens 11 Cent pro Minute kosten. Eine SMS darf nicht teurer als 11 Cent sein, ihr Empfang ist in der EU kostenlos. Beim mobilen Internet dürfen die Unternehmen ab dem 1. Juli nicht mehr als 50 Cent pro Megabyte heruntergeladener Daten von ihren Kunden im EU-Ausland verlangen. Seit letztem Jahr dürfen außerdem für mobiles Internetsurfen im EU-Ausland maximal 50 Euro im Monat in Rechnung gestellt werden. Danach wird der Download automatisch unterbrochen, um horrenden Rechnungen zu vermeiden. Mobilfunkunternehmen müssen Kunden warnen, die sich dieser Obergrenze nähern. Kunden können dieses Limit an ihre Bedürfnisse anpassen oder ganz darauf verzichten. Bei den genannten Tarifen handelt es sich um Höchstpreise ohne Mehrwertsteuer, Mobilfunkunternehmen können günstigere Tarife anbieten. Kunden müssen per SMS über die gültigen Tarife informiert werden, wenn sie in ein anderes EU-Land einreisen.

Die 2009 verabschiedeten EU-Gesetze zu den so genannten Roaminggebühren sehen vor, die Preise bis 2015 schrittweise zu senken, um Verbraucher zu entlasten und überhöhte Gebühren zu vermeiden. Dies soll vor allem durch mehr Wettbewerb unter den Mobilfunkanbietern gelingen. Die Preisschranken, die seit dem 1. Juli gelten, sind ein weiterer Schritt in diese Richtung. Mitte 2012 soll dann die nächste Kostensenkung folgen.

* * *

Bevölkerungsentwicklung in der EU

Laut einer Mitteilung des statistischen Amtes der Europäischen Union (Eurostat) vom 28. Juli ist Deutschland Schlusslicht bei der Geburtenrate in der EU. 2010 kamen hierzulande 8,3 Geburten auf 1000 Einwohner. Damit liegt Deutschland deutlich unter dem EU-Durchschnitt von 10,7 Geburten und wie schon im Vorjahr

auf dem letzten Platz der Statistik. Die höchsten Geburtenraten haben erneut Irland (16,5), Großbritannien (13,0) und Frankreich (12,8). In acht EU-Mitgliedsländern gingen die Einwohnerzahlen zurück, darunter auch in Deutschland.

Die Gesamtbevölkerung in der EU ist 2010 leicht gestiegen. Sie wuchs im Vergleich zum Vorjahr um 1,4 Millionen auf 502,5 Millionen. Spitzenreiter beim natürlichen Wachstum ist Irland mit 10,3 Promille. Schlusslichter sind Deutschland und Rumänien mit je minus 2,2 Promille.

Die Pressemitteilung von Eurostat zum Thema finden Sie hier:

http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_PUBLIC/3-28072011-AP/DE/3-28072011-AP-DE.PDF

* * *

EU fördert zwei Naturschutzprojekte aus dem Bezirk Aachen

Unter den fünf Naturschutzprojekten aus Nordrhein-Westfalen, die im Rahmen des Programms LIFE+ EU-Fördergelder erhalten, befinden sich mit der ‚Allianz für die Borstgrasrasen‘ im Kreis Euskirchen und ‚Rur und Kall‘ im Kreis Düren auch zwei Projekte im Bezirk Aachen. Das Projekt ‚Allianz für die Borstgrasrasen‘ in der Trägerschaft der Biologischen Station Euskirchen mit einem Gesamtbudget von 2,6 Millionen Euro hat es sich zum Ziel gesetzt, gefährdete Lebensräume wie Borstgrasrasen, Bergmähwiesen und Heiden wiederherzustellen. Das Projekt ‚Rur und Kall‘ in der Trägerschaft der Biologischen Station im Kreis Düren zielt auf die Verbesserung der Lebensbedingungen schutzwürdiger Tierarten wie Schwarzstorch, Eisvogel, Biber, verschiedene Fledermausarten, Bachneunauge oder Blauschillernder Feuerfalter. Dafür wird die ökologische Durchgängigkeit und Dynamik von Kall und Rur verbessert. Das Projekt verfolgt damit auch die Ziele

der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie, die in Nordrhein-Westfalen über das Programm ‚Lebendige Gewässer‘ umgesetzt wird. Das Gesamtbudget beträgt 2,8 Millionen Euro.

LIFE+ ist ein EU-Förderprogramm zur Finanzierung von Natur- und Umweltvorhaben. Einmal im Jahr entscheidet die Europäische Union, welche Projekte unterstützt werden. Seit 1996 wurden 24 Anträge aus Nordrhein-Westfalen durch die Life-Programme von der EU bewilligt, so viele wie in keinem anderen Bundesland. Die fünf nordrhein-westfälischen LIFE+-Projekte haben ein Budget von insgesamt rund 13 Millionen Euro. Die Hälfte davon finanziert die Europäische Union. Das Umweltministerium des Landes Nordrhein-Westfalen unterstützt sie mit rund 5 Millionen Euro, den Restbetrag bringen die jeweiligen Träger auf. Die Projekte werden teilweise noch in diesem Jahr starten und erstrecken sich über fünf bis sechs Jahre.

Die Informationsseite der Europäischen Kommission zum LIFE+-Programm (in englischer Sprache) finden Sie hier:

<http://ec.europa.eu/environment/life/>

* * *

Verbraucherrechte werden EU-weit einheitlicher

Die Rechte der Verbraucher bei Internetkäufen und Haustürgeschäften sind gestärkt worden. In allen EU-Staaten gelten künftig gleiche Widerrufs- und Lieferfristen sowie einheitliche Informationsvorschriften für die Händler. Die vom Parlament beschlossenen Bestimmungen gelten für Bestellungen per Internet und Telefon, im Versandhandel, für Verkäufe an der Haustür und auf der Straße, bei Tupperware-Partys oder auf Kaffeefahrten. Künftig hat der Verbraucher europaweit ab Empfang der Ware ein vierzehntägiges Widerrufsrecht, was in Deutschland bereits geltendes Recht ist. Das gilt

auch für Online-Auktionshäuser wie eBay, wenn die Ware von einem gewerbsmäßigen Händler bezogen wurde. Wenn der Verkäufer den Kunden nicht eindeutig auf das Widerrufsrecht hinweist, beträgt die Widerrufsfrist ein Jahr. Ein einheitliches Formular soll den Widerruf erleichtern, gleich, wo in der EU der Vertrag geschlossen worden ist. Bei Rücktritt muss der Kaufpreis innerhalb von 14 Tagen erstattet werden.

Weiterhin sind nach der Neuregelung Online-Verträge nur dann gültig, wenn der Käufer die genauen Kontaktdaten, Informationen über die bestellten Waren, die einzelnen Preise und die Gesamtkosten vom Verkäufer erhalten hat. Die Richtlinie gilt jedoch nicht für Verträge unter 50 Euro. Nach der Veröffentlichung der Richtlinie im EU-Amtsblatt – voraussichtlich im Herbst dieses Jahres – sind die neuen Vorschriften bis Ende 2013 in innerstaatliches Recht umzusetzen.

Die Pressemitteilung des Europäischen Parlaments zum Thema finden Sie unter:

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110622IPR22326/html/Verbraucherrechte-EP-nimmt-neue-europaweite-Regeln-f%C3%BCr-Onlinegesch%C3%A4fte-an>

Die Pressemitteilung der Europäischen Kommission mit den 10 wichtigsten Neuregelungen finden Sie hier:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/450&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

* * *

Energieeinsparung wird in der EU verpflichtend

Die Kommission will die Mitgliedstaaten zur Energieeinsparung verpflichten. Das ist das Ziel des am 22. Juni 2011 vorgelegten Entwurfs einer Energieeffizienz-Richtlinie. Mit einem umfassenden Kata-

log von verpflichtenden Maßnahmen, die auf nationaler Ebene umzusetzen sind, soll das 20 Prozent-Einsparziel erreicht werden. Demnach sollen bis 2020 die Europäer 20 Prozent weniger Energie verbrauchen als noch 2005. Der Vorschlag richtet sich mit seinen Maßnahmen gleichermaßen an die Industrie, Energieerzeuger und Verbraucher. Um dieses Ziel zu erreichen sollen nationale Energiesparpläne mit Sparzielen für 2020 aufgestellt werden. 2014 wird die Kommission beurteilen, ob die Senkung des Energieverbrauchs um 20 Prozent mit diesen auf nationaler Ebene eingeleiteten Maßnahmen zu erreichen ist. Wenn das nicht der Fall sein sollte, wird die Kommission neue Vorschläge mit Energieeffizienzzielen vorlegen, die für die Mitgliedstaaten unmittelbar verbindlich sind. Dem Richtlinien-Vorschlag müssen der EU-Ministerrat und das Parlament noch zustimmen. Aus Deutschland und Österreich kommen hinsichtlich der verpflichtenden Maßnahmen eher kritische Stimmen.

Die Pressemitteilung der Kommission finden Sie unter:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/770&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Schaubilder zum Richtlinien-vorschlag (10 Seiten) finden Sie unter:

http://ec.europa.eu/energy/efficiency/eedoc/2011_directive/country/20110622_energy_efficiency_directive_de_slides_presentation.pdf

* * *

Die Buchung von Bahnreisen durch Europa soll einfacher werden

Die Buchung einer Bahnfahrt zum Beispiel von Berlin nach Barcelona soll künftig ebenso unkompliziert sein, wie die Buchung eines entsprechenden Fluges.

Derzeit können Fahrgäste nur in sehr geringem Umfang Fahrscheine europaweit buchen. Durch eine von der Kommission verabschiedeten technischen Verordnung „Telematikanwendungen für den Personenverkehr“ wird sich das ändern. Denn damit wird die Standardisierung von Fahrplan- und Tarifinformationen verbindlich. Grundlegende Daten, die für die Reiseplanung relevant sind, beispielsweise die Buchungs- und Fahrscheinsysteme, die Kategorie des verkehrenden Zugs, die Haltestellen und -zeiten, die Unterbringungsmöglichkeiten (erste oder zweite Klasse), die Anzahl der verfügbaren freien Sitze und die Tarifstrukturen werden klarer ersichtlich sein.

Die Kommission hat angekündigt, dass sie 2012 einen ergänzenden Rechtsakt vorschlagen wird, damit die Daten in der Praxis tatsächlich ausgetauscht und von allen Beteiligten in den unterschiedlichen Buchungssystemen in ganz Europa genutzt werden können.

Die Pressemitteilung der Kommission mit weiteren Einzelheiten finden Sie unter: <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/534&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

* * *

EU-Badegewässerbericht veröffentlicht

Am 16. Juli 2011 haben die Europäische Kommission und die Europäische Umweltagentur den EU-Badegewässerbericht der Saison 2010 veröffentlicht. Dieser bewertet die Qualität der Badegewässer in der gesamten EU. Wasserproben an mehr als 21.000 ausgewiesenen Badestellen wurden auf physikalische, chemische und mikrobiologische Verunreinigungen untersucht, darunter Fäkalbakterien, Mineralölrückstände, Reinigungsmittelschaum und giftige Säuren. In Deutschland wurden 2.285 und in Österreich 268 Badestellen bewertet.

Unverändert ist an 99,5 Prozent der deutschen Nord- und Ostseestrände das Wasser ausreichend sauber, um darin zu baden. Bei den Flüssen und Seen erfüllen 97,2 Prozent (Österreich 98,9 Prozent) die erforderlichen Mindeststandards. 17 deutsche und 3 österreichische Binnengewässer erreichten die Mindestwerte nicht.

Den Bericht über europäischen Badegewässer 2010 (48 Seiten) finden Sie unter: <http://www.eea.europa.eu/de/publications/qualitaet-der-europaeischen-badegewaesser-2010>

* * *

Start des Wettbewerbs ‚Grüne Hauptstadt Europas 2014‘

Die Suche nach der „Grünen Hauptstadt Europas 2014“ hat begonnen. An dem Wettbewerb können sich alle europäischen Städte mit mehr als 200.000 Einwohnern beteiligen. Die Bewerbungen werden anhand von 12 Indikatoren geprüft: lokaler Beitrag zum weltweiten Klimaschutz, Verkehr, städtische Grünflächen, Lärm, Abfallaufkommen und -bewirtschaftung, Natur und biologische Vielfalt, Luftqualität, Wasserverbrauch, Abwasserbehandlung, Öko-Innovation und Schaffung dauerhafter Beschäftigung, Umweltmanagement der lokalen Behörden und Energieeffizienz. Die Städte können sich mit einem Online-Formular unter www.europeangreencapital.eu bewerben. Stichtag für die Bewerbungen ist der 14. Oktober 2011.

* * *

Es grüßt Sie ganz herzlich

